

Schriftliche Anfrage betreffend Berufsinformation und -beratung an den Gymnasien

22.5204.01

Verschiedentlich wurde von Seiten des EDs auf die hohe Gymnasialquote in Basel-Stadt hingewiesen. Gleichzeitig absolvieren in unserem Kanton im schweizweiten Vergleich unterdurchschnittlich viele Jugendliche eine Berufslehre. Es soll weiterhin möglich sein, dass Jugendliche sich nach einer höheren Berufs- und Schulausbildung strecken und dass sie eine entsprechende Ausbildung probieren können. Umwege gehen können und ausprobieren dürfen, sind für junge Menschen wichtig.

Die Unterzeichnende bittet den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele der Jugendlichen, die eine gymnasiale Ausbildung in unserem Kanton begonnen haben, haben diese nach 5, resp. 6 Jahren abgeschlossen? Bitte um Angabe in Prozenten getrennt nach männlichen und weiblichen Jugendlichen über die letzten 5 Jahre.
2. In welchem Jahr der gymnasialen Ausbildung (1.-5. Ausbildungsjahr) kommt es zu wie vielen definitiven Austritten aus dem Gymnasium? Auch hier bitte ich um Angaben über die letzten 5 Jahre.
3. Wie verläuft heute die Schul-/Berufskarriere der aus dem Gymnasium austretenden Jugendlichen anschliessend (z.B. FMS, Berufslehre)? Bitte um Angabe der einzelnen Möglichkeiten in Prozent über die letzten 5 Jahre.
4. Wie und wo werden heute die Jugendlichen, deren Austritt aus dem Gymnasium absehbar ist, über ihre weiteren schulischen oder beruflichen Möglichkeiten informiert?
5. Was passiert mit den Jugendlichen, die aus dem Gymnasium ohne Anschlusslösung austreten? Werden diese vom Kanton erfasst und „betreut“, bis sie eine Anschlusslösung vorweisen können?
6. Ist der Regierungsrat bereit, an den Standorten der Gymnasien denjenigen Schülerinnen und Schüler, bei denen sich ein Austritt abzeichnet, eine individuelle Berufsinformation und Laufbahnberatung anzubieten, damit diese insbesondere auch über Lehrberufe und die Möglichkeit der Berufsmaturität informiert werden können?
7. Der Regierungsrat hat in der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage Nr. 18.5095.02 zur Situation der Schulsozialarbeit auf der Sek II Stufe ausgeführt, dass er an den Gymnasien und der FMS kein Case Management einrichten möchte obwohl ein Bedarf besteht. Ist er nun bereit, ein passendes Angebot für Schülerinnen und Schüler in psychosozial und gesundheitlich schwierigen Situationen nochmals zu prüfen, um sie insbesondere in Bezug auf einen möglichen Schulabbruch besser zu unterstützen.

Franziska Roth